

**Postulat Fraktion BDP/CVP (Martin Mäder, BDP/Claudio Fischer, CVP):
Mehr öffentliche Toiletten in Bern für alle dank eines
Abgeltungssystems an Restaurants und Geschäfte**

Die Stadt Bern betreibt aktuell 38 öffentliche Toiletten-Anlagen. Wenn man bedenkt, dass zwischen 2005 und 2010 unter Führung von Stadtbauten mit dem „Konzept öffentliche Toilettenanlagen in der Stadt Bern“ die Zahl öffentlicher WC von 46 auf 34 gesenkt worden war, ist diese Summe zwar erfreulich, doch Euphorie wäre fehl am Platz. Denn noch immer sind öffentliche Toiletten, die sich auch fürs grosse Geschäft gratis benutzen lassen und zudem sauber wie sicher sind, rare Perlen. Dies wird speziell von Senioren-Organisationen immer wieder kritisiert. So erachtet etwa der Seniorenrat Verbesserungen bei der Anzahl öffentlicher Toiletten als „Daueraufgabe“. Ein ähnliches Ergebnis resultierte aus einer Umfrage zur Altersfreundlichkeit der Stadt Bern von 2010. Aber auch namentlich Frauen, Mütter mit kleinen Kindern sowie Menschen mit Behinderungen vermissen in Bern ein noch grösseres Angebot öffentlich zugänglicher Toiletten. Dies sowohl wegen der Sicherheit wie auch wegen der Hygiene.

Der Versorgung mit öffentlichen Toiletten widmete sich jüngst ein Massnahmenkatalog des Schweizerischen Städteverbands im Zusammenhang mit Auswüchsen des städtischen Nachtlebens. Im Bericht „Städtisches Nachtleben. Situationsanalyse und mögliche Vorgehensweisen“ weist der Städteverband auf in Deutschland bekannte finanzielle Entschädigungen durch die öffentliche Hand für Gastrobetriebe hin, die Toiletten der Öffentlichkeit ohne Konsumzwang zur Verfügung stellen.

In Deutschland kennt man dieses Prinzip einer Aufwandsentschädigung durch die öffentliche Hand an Gastrobetriebe und Geschäfte unter Namen wie „Nette Toilette“ oder „Toilette mit Herz“. Bei diesen Systemen erhalten die beteiligten Betriebe für zusätzlichen Reinigungsaufwand und höhere Kosten für den Erhalt der Infrastruktur eine Entschädigung wenn sie ihre Toiletten dem allgemeinen Publikum ohne Verpflichtung zu einer Konsumation zur Verfügung stellen. Durch diese erfolgreichen Programme gibt es bereits in vielen Städten Deutschlands nicht nur mehr für die breite Öffentlichkeit frei zugängliche Toiletten, sondern man konnte auch die Auslagen für den Unterhalt stadteigener Anlagen senken oder sogar teure öffentliche Anlagen ohne eine Versorgungslücke schliessen. Diese Aufwandsentschädigung durch die öffentliche Hand an Restaurants und Geschäfte ist auch für die Stadt Bern eine Möglichkeit, wie man die Situation um die öffentlichen Toiletten klar verbessern könnte. Deshalb fordert dieses Postulat vom Gemeinderat, mit geeigneten Kreisen und Organisationen in Kontakt zu treten und die Umsetzbarkeit eines solchen Abgeltungssystems abzuklären. Bei einem positiven Ergebnis der Evaluation ist ein einschlägiges Konzept zu erstellen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Anliegen zu prüfen:

1. Mit geeigneten Organisationen wie GastroStadt Bern und Umgebung, BERNcity oder Bern Tourismus sowie mit Betroffenen wie dem Seniorenrat, Pro Senectute oder Pro Infirmis abzuklären, ob sich in Bern ein solches Abgeltungskonzept für noch mehr frei zugängliche Toiletten in Restaurants und Geschäften realisieren lässt.
2. Führen diese Konsultationen zu einem positiven Ergebnis, ist ein entsprechendes Konzept zu prüfen, das insbesondere die folgenden Vorgaben beinhaltet:
 - a. Es muss Berns spezifischen Verhältnissen Rechnung tragen. Zu berücksichtigen sind unter anderem Berns Rolle als Hauptstadt mit vielen Anlässen wie Kundgebungen, Festen etc., als Ort mit Zentrumsfunktion mit entsprechendem

- Ausgehangenbot samt den einschlägigen Belastungen sowie als Reisedestination mit hohem Aufkommen ortsunkundiger Besucher
- b. Es muss sicherstellen, dass genügend gut zugängliche Toiletten für ältere Leute und Menschen mit Behinderungen eingeplant werden
 - c. Die vorgesehene Abgeltung der beteiligten Partner ist so auszugestalten und zu steuern, dass sie Berns Stadtfinanzen nicht signifikant belastet und im schlechtesten Fall ihr Ergebnis Budget-neutral ausfällt
 - d. Das zu erarbeitende Konzept basiert auf Freiwilligkeit; es steht allen Beteiligten (Gastrobetriebe, Geschäfte etc.) frei, sich an diesem Programm zu beteiligen
 - e. Das Konzept ist so auszugestalten, dass eine Ungleichbehandlung zu Lasten von beteiligten Partnern (z.B. GastroStadt Bern oder BERNcity) sowie Mitgliedern dieser Organisationen verunmöglicht ist
 - f. Das Konzept muss sicherstellen, dass durch dessen Umsetzung den Teilnehmenden keine zusätzlichen Lasten entstehen, die sich namentlich wirtschaftlich negativ auf ihr Betriebsergebnis auswirken
 - g. Das Konzept hat Lösungen für aktuelle wie zukünftige Informationstechnologie (z.B. Apps, E-Commerce, Mobile Computing, Web 3.0 etc.) vorzusehen.
3. In seinem Prüfungsbericht hat der Gemeinderat insbesondere über die Machbarkeit und die Folgen für die Stadtfinanzen eines solchen Abgeltungskonzepts zu orientieren.

Bern, 14. März 2013

Erstunterzeichnende: Martin Mäder, Claudio Fischer

Mitunterzeichnende: Isabelle Heer, Urs Ziehli, Philip Kohli, Martin Schneider, Manuel C. Widmer, Daniela Lutz-Beck, Martin Trachsel, Peter Marbet, Leena Schmitter, Sabine Baumgartner, Christine Michel, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Esther Oester, Franziska Gossenbacher, Stéphanie Penher, Patrizia Mordini, David Stampfli, Lukas Meier, Stefan Jordi, Benno Frauchiger, Gisela Vollmer, Bernhard Eicher, Alexander Feuz, Dannie Jost, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Simon Glauser